

Eine Warnung an Gschwinds Nachfolge – und an Basel-Stadt

Streit um Finanzierung Baselland erhöht den Beitrag für die Universität Basel. Die hitzige Debatte verspricht aber viel Arbeit für die Baselbieter Regierung in den nächsten Jahren.

Alexander Müller

In Basel wird man sich darauf einstellen müssen, dass der Druck auf die gemeinsame Universität aus dem Nachbarkanton weiter steigt, wie die hitzige Diskussion im Landrat zeigte. Formal ging es gestern um den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029.

Das Baselbiet soll neu 1504,15 Millionen Franken an die Uni beitragen, das sind 11 Prozent mehr. Diesen Schritt tragen fast alle Fraktionen grundsätzlich mit. Nur bei der SVP waren die Meinungen geteilt. Dennoch entbrannte eine emotionale Debatte – um die Zeit danach.

«So geht es nicht weiter», donnerte etwa Caroline Mall in die Runde. Die SVP-Landrätin, die Nachfolgerin von Bildungsdirektorin Monica Gschwind werden will, formulierte einen Auftrag an die Regierung, den sie unter Umständen im kommenden Jahr selbst umsetzen muss: «Der nächste Leistungsauftrag muss deutlich günstiger werden.»

«Ungerechtigkeit» bedroht Bildungslandschaft

Nicht nur Mall ist es ein Dorn im Auge, dass die beiden Trägerkantone so viel mehr Geld pro Studierenden entrichten als etwa die Kantone Aargau und Solothurn.

«Das ist ungerecht», sagte etwa Thomas Eugster im Namen der FDP-Fraktion. «Wenn die Beiträge der Nicht-Hochschulkantone nicht steigen, gefährden wir auf Dauer die gesamte Bildungslandschaft in der Schweiz», sagte er.

Gegen diese «Ungerechtigkeit» regt sich im Baselbiet auch abseits des Parlaments politischer Widerstand: Mehrere Oberbaselbieter Gemeinden haben eine Volksabstimmung lanciert, um den viel kritisierten Finanzierungsschlüssel für die Uni Basel anzupassen.

Sabine Bucher forderte im Namen der Grünliberalen, den Leistungsauftrag für die übernächste Periode so schnell wie möglich zu verhandeln, um der Univer-



Monica Gschwind brachte das neue Globalbudget für die Universität Basel im Landrat durch. Foto: Pino Covino



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

sität Planungssicherheit zu verschaffen. Dass dies eine dringende Aufgabe sei, sei aber der Nachfolge der Ende Jahr abtretenden Bildungsdirektorin bestimmt bewusst, sagte Bucher und sorgte damit für Gelächter. Bucher ist neben Mall und dem Arlesheimer Gemeindepräsidenten Markus Eigenmann eine von drei Kandidatinnen für ebendiese Nachfolge.

Dass sich die Finanzlage in den kommenden Jahren eher noch zuspitzen dürfte, war den meisten Votanten von links bis rechts bewusst. Andrea Heger (EVP) beispielsweise sprach vom

«Damoklesschwert, das über uns allen hängt». Beatrix von Sury (Mitte) kritisierte den Bund, der die Bildungsausgaben kürzen will und damit die Situation noch verschärft. SP-Sprecher Roman Brunner strich die grosse Bedeutung der Uni hervor und gab den Ball an die bürgerliche Seite weiter, die mit ihrem Wunsch nach Steuersenkungen die finanziell angespannte Situation überhaupt erst verursacht habe.

Hitzig wurde die Debatte, als SVP-Landrat Florian Spiegel behauptete, dass der Nachbarkanton Basel-Stadt dank der jährlich 200 Millionen Franken, die aus verschiedenen Staatsverträgen von Liestal in die Stadt fließen, die Steuern reduziert habe. Auch der Aargau plane für 2026

eine Steuersenkung, warnte Spiegel. «Rundherum senken alle die Steuern, anstatt ihren Verpflichtungen nachzukommen.» Markus Graf (ebenfalls SVP) gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Gemeindeinitiative zu ernsthafteren Sparbemühungen führen könnte.

Probleme bei Änderung des Finanzierungsschlüssels

Die Angriffe der SVP sorgten aber auch für Widerspruch auf bürgerlicher Seite. Sven Inäbnit (FDP) ärgerte sich furchterlich über die «unwürdige Diskussion» und plädierte für mehr regionalen Zusammenhalt. «Wie sollen wir auf der nationalen Ebene sonst etwas erreichen?»

Ronja Jansen (SP) ergänzte, dass der Nutzen der Univer-

sität Basel nicht einfach in Zahlen gemessen werden könne. «Die Universität ist auch eine Investition in den Fortschritt unserer Gesellschaft.»

Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) erwiderte, dass sie sich in der Vergangenheit in den nationalen Gremien stets für eine Änderung des Finanzierungsschlüssels eingesetzt habe. Das sei aber keine leichte Aufgabe, weil die Universitätskantone in der Minderheit seien.

Am Ende stimmte der Landrat dem höheren Globalbeitrag für die Universität Basel zwar mit 66 zu 14 Stimmen zu. Die Diskussion führte aber vor Augen, welches Thema Gschwinds Nachfolger oder Nachfolgerin im nächsten Jahr sofort anpacken muss.